**MUSTERBRIEF AN DAS FÜR KLIMAFRAGEN ZUSTÄNDIGE REGIERUNGSMINISTERIUM**

IGB-Klimaschutzwoche (1.-7. Juni 2015) im Rahmen der UNFCCC-Klimagespräche in Bonn, Deutschland, (1.-11. Juni 2015) zur Vorbereitung der 21. UNFCCC-Vertragsstaatenkonferenz, 30. November – 11. Dezember 2015, Paris, Frankreich

[*Anrede*],

die Forderungen der Menschen nach Maßnahmen zum Klimaschutz werden lauter. Wir rufen die Regierungen auf, auf diese Forderungen in kohärenter und ehrgeiziger Weise zu reagieren, um menschenwürdige Arbeitsplätze zu schaffen und Ungleichheiten abzubauen und somit die Grundlage für eine nachhaltige und gerechte Zukunft zu schaffen.

Der (*Name Eurer Organisation*) gehört dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) an, der über seine 328 Mitgliedsorganisationen 176 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in 162 Ländern und Hoheitsgebieten vertritt. Wir legen Ihnen hiermit die Forderungen der Gewerkschaften für ein solides globales Klimaabkommen vor, das das Leben und die Existenzgrundlagen erwerbstätiger Menschen vor den Folgen des Klimawandels schützt und den ArbeitnehmerInnen und ihren Gemeinwesen gute Arbeitsplätze, Sozialschutz und sichere Renten beim Übergang zu einer Wirtschaft ohne Kohlenstoffemissionen ermöglicht.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung fordert die Regierungen auf:

1. **In Paris für ein gerechtes, ehrgeiziges und verbindliches Abkommen einzutreten**, das die Grundlage für mittel- und langfristige Emissionssenkungen und für eine nachhaltige Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels in den Entwicklungsländern schafft. Die Regierungen müssen ihr Möglichstes tun, um ihre beabsichtigten, national festgelegten Beiträge (INDCs) an der Notwendigkeit zu orientieren, den Temperaturanstieg auf weniger als 2 °C zu begrenzen und ihrer Verantwortung sowie ihren Kapazitäten gerecht zu werden.

Die Regierungen der Industrieländer müssen einen klaren Weg aufzeichnen, wie sie die Zusage, bis 2020 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr zu mobilisieren, einhalten wollen, da diese Mittel von entscheidender Bedeutung sein werden, wenn die Entwicklungsländer dabei unterstützt werden sollen, die Folgen des Klimawandels zu bewältigen und mit geringeren Emissionen voranzukommen.

1. **Die in dem aktuellen Verhandlungstext enthaltenen Verweise auf die Verpflichtung zu einem gerechten Übergang für die ArbeitnehmerInnen in dem endgültigen Text zu belassen, insbesondere im operativen Teil bezüglich der "Ziele":**

*Absatz 15:* [Alle Parteien [und Akteure] werden [die Achtung der Menschenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter bei der Umsetzung der Bestimmungen dieses Abkommens gewährleisten] (…)**Alle Parteien sollten bei ihrer Klimapolitik und ihren Klimaschutzmaßnahmen einem gerechten Übergang für die ArbeitnehmerInnen Rechnung tragen, durch den menschenwürdige Arbeit und hochwertige Arbeitsplätze geschaffen werden.]**

Diese Verpflichtung findet sich bereits in früheren COP-Beschlüssen[[1]](#footnote-2). Und bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hat man sich im Rahmen dreigliedriger Schlussfolgerungen auf den Inhalt des Konzeptes "gerechter Übergang" verständigt.[[2]](#footnote-3)

Wir erwarten, dass das bei der COP21 beschlossene Klimaabkommen den Realitäten angepasst ist, um eine Verpflichtung zu sozialer Gerechtigkeit zu gewährleisten und die ArbeitnehmerInnen weltweit zu beruhigen, während wir uns um ihre Unterstützung bei der notwendigen weitreichenden Transformation bemühen.

**3. Sich zur Entwicklung eines innerstaatlichen Energieplans zu verpflichten, der die Wirtschaft dekarbonisieren und Arbeitsplätze sichern wird.** Die Gewerkschaften sind sich der Herausforderungen der Klimapolitik für spezifische Wirtschaftssektoren bewusst. Diese Herausforderungen dürfen jedoch nicht zu Spaltungen führen, und es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um innerstaatliche und industriespezifische Pläne zu entwickeln. Die Regierungen müssen die Federführung übernehmen. Wir brauchen einen Plan für die Dekarbonisierung der Wirtschaft. Wir brauchen eine Strategie für einen gerechten Übergang für die Beschäftigten in den Wirtschaftssektoren, in denen Veränderungen erforderlich sind. All dies brauchen wir jetzt.

Unsere Gewerkschaft hat daher drei einfache Fragen an Sie:

**1. Wird der Beitrag Ihrer Regierung (INDC) zum Emissionsabbau die Kapazitäten und die Verantwortung unseres Landes widerspiegeln, alles zu tun, um den Temperaturanstieg auf 2 Grad Celsius oder weniger zu begrenzen?**

**2. Wird Ihre Regierung den Verweis auf einen gerechten Übergang im operativen Teil des Klimaabkommens unterstützen?**

**3. Hat sich Ihre Regierung zur Entwicklung eines innerstaatlichen Energieplans verpflichtet bzw. wird sie sich zur Entwicklung eines innerstaatlichen Energieplans verpflichten, der die Wirtschaft dekarbonisieren und Arbeitsplätze sichern wird?**

Wir sehen ihrer Stellungnahme sowie der fortgesetzten Mitwirkung der Gewerkschaften an der Bewältigung dieser existenziellen Gefahr für unsere Gesellschaft mit Interesse entgegen.

[*Grußformel*]

*(Name Eures/Eurer Vorsitzenden bzw. Präsidenten/Präsidentin)*

1. *Beschluss 1/CP16, Abschnitt I, A shared vision for long-term cooperative action, Absatz 10, governments* (Dokument verfügbar unter: https://unfccc.int/files/meetings/cop\_16/application/pdf/cop16\_lca.pdf )

“10. Realizes that addressing climate change requires a paradigm shift towards building a low-carbon society that offers substantial opportunities and ensures continued high growth and sustainable development, based on innovative technologies and more sustainable production and consumption and lifestyles, while ensuring a just transition of the workforce that creates decent work and quality jobs.”

*Beschluss 1/CP16; 1/CP17 , Economic and social consequences of response measures:*

“Recognizing the importance of avoiding or minimising negative impacts of response measures on social and economic sectors, promoting a just transition of the workforce, the creating of decent work and quality jobs in accordance with nationally defined development priorities and strategies and contributing to building new capacity for both production and service-related jobs in all sectors, promoting economic growth and sustainable development.” [↑](#footnote-ref-2)
2. Absatz 14 der Entschließung über nachhaltige Entwicklung, menschenwürdige Arbeit und grüne Arbeitsplätze von 2013 <http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_223785.pdf> [↑](#footnote-ref-3)